

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XIX
<i>A) Einleitung</i>	1
<i>B) Grundlagen</i>	17
I. Terminologie der „Vermögensabschöpfung“	17
II. Kriminalpolitischer und kriminologischer Hintergrund der Vermögensabschöpfung	18
III. Die Relevanz der Vermögensabschöpfung in der Praxis/Fallzahlen	20
IV. Historische Entwicklung	23
V. Die Vermögensabschöpfungsregeln im Einzelnen	27
1. Allgemeines	29
2. Die Einziehung und ihre prozessuale Sicherung durch Beschlagnahme	31
a) Die Einziehung nach § 73 StGB	31
b) Der Tatbestand der Beschlagnahme nach § 111b	32
c) Die Rechtsfolgendeite der Beschlagnahme nach § 111b	33
d) Die Vollziehung der Beschlagnahmeanordnung	34
e) Die Wirkung der Beschlagnahme	34
f) Zusammenfassung	35
3. Die Einziehung von Wertersatz und ihre prozessuale Sicherung durch den Vermögensarrest	35
a) Die Einziehung des Wertes von Taterträgen nach § 73c StGB	35
b) Tatbestand und Rechtsfolgendeite des Vermögensarrestes	36
c) Die Vollziehung des Vermögensarrestes und deren Folgen	37

d)	Zusammenfassung	38
4.	Die Bestimmung des aus der Tat Erlangten.....	39
a)	Historie	39
b)	Bemühungen des Gesetzgebers im Zuge der Reform 2017	40
c)	Schätzung.....	41
d)	Zusammenfassung	41
5.	Die Einziehung bei Dritten	41
6.	Die Bestimmung der Tat.....	43
a)	Die erweiterte Einziehung, § 73a StGB	44
b)	Die selbständige Einziehung, § 76a StGB	45
7.	Ausschluss der Einziehung	46
a)	Erlöschen des Anspruchs des Verletzten, § 73e Abs. 1 StGB	46
b)	Die Hinterlegung der Lösungssumme, § 111e Abs. 4.....	47
c)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	48
d)	Zusammenfassung	50
8.	Die Vollstreckung der Einziehungsentscheidung	50
9.	Die Berücksichtigung der Rechte des Verletzten	51
a)	Die Berücksichtigung der Ansprüche des Opfers nach § 73 Abs. 1 Satz 2 StGB a.F. und das Verfahren der Rückgewinnungshilfe nach § 111b Abs. 5 StPO a.F.	51
b)	Die Akzessorietät des staatlichen Einziehungsanspruchs nach § 73e Abs. 1 StGB	52
c)	Die Entschädigung des Verletzten im Vollstreckungsverfahren.....	53
d)	Ausschluss der Zwangsvollstreckung	53
e)	Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens durch die Staatsanwaltschaft.....	56
f)	Zusammenfassung	57

10. Sonstige Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung mit Bezug zum Strafrecht	57
a) Die Vermögensbeschlagnahme nach §§ 290 ff.....	58
b) Die Vermögensbeschlagnahme nach § 443	58
c) Die Beschlagnahme nach § 132 Abs. 3.....	59
VI. Fazit	59
<i>C) Möglichkeiten und Grenzen der vorläufigen Sicherstellung in Fällen mit individuellen Verletzten</i>	<i>61</i>
I. Problemaufriss	61
II. Die bisherige Rechtslage.....	65
1. Historische Entwicklung der Vermögensabschöpfungsregeln....	66
2. Die Zeit bis zur Reform 2007	66
3. Die Rechtslage zwischen 2007 und 2017	68
a) Keine Sicherung bei fehlendem Restitutionsinteresse	69
b) Nachrangiges Vermögensabschöpfungsinteresse	70
c) Vorrangiges Vermögensabschöpfungsinteresse.....	71
4. Ergebnis.....	71
III. Die neue Rechtslage.....	71
1. Allgemeines.....	72
2. Die Auslegung des § 73e Abs. 1 StGB	73
a) Anspruchskonkretisierung	73
b) Erlöschen im Sinne des § 73e Abs. 1 StGB	75
c) Ergebnis	79
3. Konsequenzen der Neuregelungen zur vorläufigen Sicherstellung von Vermögenswerten in Fällen mit individuellen Verletzten	80
IV. Zwischenfazit.....	84
V. Das Sicherungsbedürfnis in Fällen widerstreitender Interessen zwischen Staat und Verletztem	85
1. Wortlaut der Abschöpfungsvorschriften.....	86

2.	Historisch, teleologische Erwägungen zur Entwicklung des Vermögensabschöpfungsrechts	88
a)	Die Berücksichtigung des staatlichen Abschöpfungsinteresses	88
b)	Die Berücksichtigung des Restitutionsinteresses des Verletzten	90
c)	Ergebnis	95
3.	Widerspruch zu allgemeinen Rechtsgrundsätzen und der Dogmatik des Vermögensabschöpfungsrechts?	96
a)	Erwägungen zum Legalitätsprinzip und der staatlichen Ermächtigungsgrundlage zur Sicherstellung.....	96
b)	Rechtsgebietsvergleichende Erwägungen	98
c)	Begründungsmöglichkeiten einer staatlichen Sicherung gegen die Interessen der Verletzten	100
d)	Vergleich zwischen Verfahren mit und ohne individuelle Verletzte.....	104
e)	Ergebnis	107
4.	Ergebnis.....	107
VI.	Das Sicherungsbedürfnis bei fehlendem Restitutionsinteresse des Verletzten.....	109
1.	Restitutionsinteresse des Verletzten als konstitutive Voraussetzung staatlicher Vermögensabschöpfung	110
2.	Vermögensabschöpfungsinteresse des Staates unabhängig vom Restitutionsinteresse des Verletzten.....	110
3.	Ergebnis.....	112
VII.	Das Sicherungsbedürfnis bei fehlendem Abschöpfungsinteresse des Staates	113
1.	Allgemeines	113
2.	Staatliches Sicherungsbedürfnis unabhängig vom Sicherungsinteresse	114
3.	Problemfälle nicht objektiv belegbarer Vereitelungshandlungen	115

4. Ergebnis.....	118
VIII. Das Sicherungsbedürfnis bei übereinstimmenden Abschöpfungs- und Restitutionsinteressen von Staat und Verletztem	119
IX. Ergebnis	120
<i>D) Möglichkeiten und Grenzen der vorläufigen Sicherstellung im Steuerstrafverfahren</i>	<i>125</i>
I. Die Vermögensabschöpfung im Steuerstrafverfahren vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	125
1. Historische Entwicklung der Diskussion um die vorläufige Sicherstellung im Steuerstrafverfahren	125
2. Reformbestrebungen im Zuge des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung.....	129
3. Fazit.....	130
II. Allgemeines zum Steuerrecht	130
1. Verfassungsrechtliche Verankerung des Steuerrechts	130
2. Die Abgabenordnung als Mantelgesetz.....	131
3. Der dingliche Arrest nach § 324 AO	133
III. Allgemeines zum Steuerstrafrecht	134
1. Materiell-rechtliche Grundlagen.....	135
2. Verfahrensvorschriften	136
3. Die Ausrichtung der Finanzbehörden auf Steuerstrafverfahren	137
IV. Zwischenfazit und weiterer Untersuchungsverlauf.....	138
V. Die Neuregelungen der §§ 111e Abs. 6 und 111h Abs. 2 Satz 2	140
1. Gleichrangigkeit von § 111e Abs. 1 und § 324 AO im Sinne des § 111e Abs. 6?.....	140
a) Normenkollision	141
b) Normenkonkurrenz	141
c) Ergebnis	142
2. Der Regelungsgehalt des § 111h Abs. 2	143

a) Allgemeines	144
b) „Arrestanspruch“	145
aa) Steuerzahlungs- und Nachzahlungsanspruch.....	146
bb) Dogmatische Bedenken	147
cc) Ergebnis.....	148
c) „Aus der Straftat erwachsen“	149
aa) Wortlautauslegung.....	149
bb) Teleologische Auslegung	151
cc) Schlussfolgerung	153
dd) Ergebnis.....	154
d) Ergebnis	154
3. Der Regelungsgehalt des § 111e Abs. 6	155
a) Verzicht auf den Nachweis eines Sicherungsbedürfnisses?	156
aa) Historische und systematische Anhaltspunkte für den Verzicht auf den Nachweis des Sicherungsbedürfnisses?	157
bb) Verzicht auf den Nachweis eines Sicherungsbedürfnisses aus praktischen Gründen?.....	160
cc) Verzicht auf den Nachweis eines Sicherungsbedürfnisses mangels Sachverhaltskenntnissen des Steuerfiskus?	163
dd) Ergebnis.....	165
b) Kein Entfall des Sicherungsbedürfnisses nach § 111e Abs. 1 trotz der Möglichkeit eines Vorgehens nach § 324 AO?	166
aa) Auslegungs- und Argumentationsansätze.....	166
bb) Stellungnahme	168
cc) Ergebnis.....	171
c) Ergebnis	172

4.	Hemmnisse der vorläufigen Sicherstellung unter praktischen Gesichtspunkten des Steuerstraßverfahrens	173
a)	Die Normstruktur des § 324 AO	173
b)	Die Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten	176
c)	Ergebnis	180
5.	Die zeitlichen Grenzen des Sicherungsbedürfnisses des Steuerfiskus	180
6.	Zwischenfazit	183
7.	Die Verhältnismäßigkeit eines Vermögensarrestes im Vergleich zum steuerrechtlichen Arrest	184
a)	Die Erforderlichkeit eines Arrestes nach § 111e im Falle einer Steuerstraftat	184
aa)	Der steuerrechtliche Arrest als milderes Mittel der Sicherstellung aufgrund seiner Tatbestandsvoraussetzungen?	185
bb)	Der steuerrechtliche Arrest als milderes Mittel der Sicherstellung aufgrund der möglichen Rechtsbehelfe?	187
cc)	Entschädigungsfolgen im Falle des rechtswidrigen Arrestvollzuges	189
dd)	Ergebnis	191
b)	Ergebnis	192
8.	Folgen für die vorläufige Sicherstellung im Steuerstraßverfahren	192
a)	Straßverfahren, in denen die Finanzbehörden die Ermittlungen führen	192
b)	Straßverfahren, in denen die Justizbehörden die Ermittlungen führen	193
VI.	Ergebnis	197

<i>E) Möglichkeiten und Grenzen der Einziehung von Vermögen unklarer Herkunft</i>	199
I. Allgemeines	199
II. Die präventive Sicherstellung	201
1. Gesetzliche Grundlagen.....	202
2. Ursprung der präventiven Sicherstellung von Vermögenswerten.....	203
a) Die Entscheidung des VG Karlsruhe vom 10. Mai 2001; Az.: 9 K 2018/99	204
b) Die Entscheidung des VG Berlin vom 2. Februar 2000; Az.: VG 1 A 173.98.....	204
c) Das sog. „Osnabrücker Modell“	205
d) Diskussionstand vor der Reform.....	205
3. Ergebnis.....	206
III. Zwischenfazit und weiterer Untersuchungsverlauf.....	207
IV. Die erweiterte Einziehung nach § 73a StGB.....	210
1. Historie	210
2. Voraussetzungen der erweiterten Einziehung.....	211
3. Schlussfolgerung für die Abschöpfung von Vermögen unklarer Herkunft.....	212
4. Ergebnis.....	213
V. Die selbständige Einziehung nach § 76a Abs. 1 StGB.....	214
VI. Die selbständige Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB.....	215
1. Problemaufriss.....	217
2. Überblick über die Voraussetzungen der selbständigen Einziehung aus Anlass eines Geldwäscheverdachts nach §§ 76a Abs. 4 StGB, 435 ff.	220
a) Materiell-rechtliche Voraussetzungen der selbständigen Einziehung.....	220
b) Prozessuale Voraussetzungen der selbständigen Einziehung.....	221

aa)	Der Einziehungsantrag nach § 435	222
bb)	Die „Beweiserleichterungen“ des § 437	223
c)	Ergebnis	224
3.	Zwischenfazit	225
4.	Praxistauglichkeit des selbständigen Einziehungsverfahrens nach §§ 435 ff.	225
a)	Das grobe Missverhältnis als taugliches Kriterium der deliktischen Herkunft eines Gegenstandes?	226
aa)	Voraussetzungen des „groben Missverhältnisses“ in concreto	226
bb)	Besondere Schwierigkeiten bei Teilkontamination.....	229
cc)	Zwischenfazit	229
b)	Abkehr von strafprozessualen Beweislastgrundsätzen?....	230
aa)	Zivilprozessuale Beweislastgrundsätze und Vortragsobliegenheit im Strafverfahren?.....	231
bb)	§ 437 als Anscheinsbeweisregelung im Strafprozess?	232
aaa)	Grundsätzliche Bedenken.....	233
bbb)	Zivilprozessuale Mindestvoraussetzungen des Anscheinsbeweis.....	235
ccc)	Strafprozessualer Anscheinsbeweis sui generis?.....	239
ddd)	Rückschluss auf den Regelungsgehalt des § 437 und die daraus folgenden Konsequenzen für das selbständige Einziehungsverfahren.....	243
c)	Ergebnis	244
5.	Nachprüfbarkeit des „Verdachts“ der Geldwäsche.....	245
a)	Diskussionsstand vor der Reform	246
b)	Auswirkungen der Reform.....	247
c)	Ergebnis	249
6.	Hinreichende Tatsachen für die Nichtverfolgbarkeit der Tat....	249

7. Ergebnis.....	251
VII. Zwischenergebnis	253
VIII. Zwischenfazit.....	254
IX. Die Vereinbarkeit der präventiven Sicherstellung mit dem Grundgesetz	256
1. Die Mitwirkungslast des Beteiligten nach § 26 Abs. 2 VwVfG und ihre Vereinbarkeit mit dem Grundsatz des „nemo tenetur se ipsum accusare“	256
a) Allgemeine verwaltungsrechtliche und straßprozessuale Verfahrensgrundsätze	256
b) Die Situation in der Praxis	257
c) Die Berücksichtigung des Schweigerechts bei Mitwirkungspflichten.....	260
d) Schlussfolgerung.....	261
e) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	261
f) Regelungsbedingter Interessenkonflikt in Fällen der präventiven Sicherstellung?	262
g) Ergebnis	268
2. Unschuldsvermutung und nicht nachweisbare Schuld	269
a) Allgemeines zur Unschuldsvermutung	270
b) Tatverdacht oder Schuldvermutung?	271
c) Anwendbarkeit der Unschuldsvermutung auf die präventive Sicherstellung aufgrund einer erkennbaren Verbindung beider Verfahren.....	275
d) Anwendbarkeit der Unschuldsvermutung auf die präventive Sicherstellung trotz fehlenden Schulderfordernisses?	275
aa) Präventive Sicherstellung als Gefahrenabwehrmaßnahme	276
aaa) Dauer der Maßnahme.....	276
bbb) Die Ausführungen in der niedersächsischen Verwaltungsvorschrift.....	277

bb) Zwischenergebnis	279
e) Strafähnliche Wirkung der präventiven Sicherstellung?	279
aa) Vom Gesetzgeber verfolgter Zweck der präventiven Sicherstellung	280
bb) Rechtsgrund der Anordnung	284
cc) Sonstige wertende Kriterien	286
aaa) Sicherstellungszweck	286
bbb) Verfügungsverbote	288
dd) Ergebnis	291
f) Schuldfeststellungen in einem rechtsstaatlichen, prozessordnungsgemäßen Verfahren?	292
aa) Auffassung der Bundesregierung vor dem EGMR ...	293
bb) Die Auffassung des EGMR	293
cc) Stellungnahme	293
dd) Ergebnis	294
g) Ergebnis	295
3. Wesentlichkeitstheorie, Gesetzgebungskompetenz und Bestimmtheitsgrundsatz	296
a) Allgemeines zu Wesentlichkeitstheorie und Bestimmtheitsgrundsatz	296
b) Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage aufgrund der Wesentlichkeitstheorie	297
aa) Sachbereich der präventiven Sicherstellung	297
aaa) Eröffnung des Schutzbereichs von Art. 14 GG in Fällen des § 40 Nr. 2 HSOG?	298
bbb) Ergebnis	301
bb) Intensität der präventiven Sicherstellung	301
cc) Zwischenergebnis	303
c) Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers	303
aa) Gesetzgebungskompetenz	304

aaa) Die präventive Sicherstellung als Maßnahme
des Strafrechts gem. Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG 304

bbb) Abschließende Bundesregelung? 308

bb) Ergebnis..... 310

d) Ergebnis 310

4. Ergebnis..... 311

X. Ergebnis 312

F) Zusammenfassung 315

I. Möglichkeiten und Grenzen der vorläufigen Sicherstellung
in Fällen mit individuellen Verletzten..... 315

II. Möglichkeiten und Grenzen der vorläufigen Sicherstellung
im Steuerstraßverfahren..... 317

III. Möglichkeiten und Grenzen der Einziehung
von Vermögen unklarer Herkunft 319

G) Schlussbetrachtung..... 323

ANHANG

Literaturverzeichnis 335

Stichwortverzeichnis 357